

## einwärts:

Es ist nur wenige Wochen her, dass ein Kommentator der SPD meinte attestieren zu müssen, mit programmatischen Aussagen könne sie bei den Wählerinnen und Wählern keine Blumentöpfe gewinnen. Spätestens seit dem Wolfsburger Parteitag liegt die SPD mit ihren bildungspolitischen Kurs vorn.

Während sich die Union im bildungspolitischen Muff der fünfziger Jahre wärmt, hat die niedersächsische SPD ihre Lehren gezogen: aus eigenen Fehlern und den Beispielen erfolgreicher Nationen. Deren Credo lautet: Bessere Bildung hat nur gemeinsam eine Zukunftsperspektive.

Das zu verkünden ist im Kommunalwahlkampf reichlich Gelegenheit. Es geht um unsere Zukunft, und die liegt in der Zukunft unserer Kinder. Dafür lohnt es sich zu kämpfen in den kommenden Wochen. Einen heftigen und erfolgreichen Wahlkampf wünscht der NIEDERSACHSEN-vorwärts.

■ lopo

## Sommerakademie 2006

Zum zweiten Mal richtet der SPD-Landesverband in diesem Jahr seine Sommerakademie in der Heimvolkshochschule Springe aus. Die Veranstaltung soll der Qualifizierung jüngerer Nachwuchspolitiker dienen und bildet den Auftakt zur dritten Staffel des Mentoringprogramms der niedersächsischen SPD. Neben weiteren Referenten hat Generalsekretär Hubertus Heil seine Zusage gegeben. Er wird über den Stand der Programmdiskussion in der SPD berichten.

Infos bei:  
Kolja.Baxmann@spd.de

### Impressum vorwärts:

SPD-Niedersachsen  
Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy  
Redaktion: Lothar Pollähne  
Odeonstraße 15/16  
30159 Hannover  
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de  
Satz: anette.gilke@t-online.de

# Rote Signale gegen die bleierne Zeit

Niedersachsens SPD demonstriert bildungspolitische Geschlossenheit.  
Wolfsburger Parteitag beflügelt den Kommunalwahlkampf.

VON LOTHAR POLLÄHNE

Die Zukunft der Bildung ist gemeinsam oder gar nicht. So bündig lautet das Fazit des außerordentlichen Landesparteitages der niedersächsischen SPD, der in Wolfsburg bei nur drei

wesentlichen Themen der politischen Debatte zu punkten. »Das Konzept ist vernünftig und finanzierbar«, so der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Jüttner, der dem Parteitag politische Klugheit bescheinigte.

weis stellen mit einer fundierten, inhaltlich überzeugenden Politik gerade auch im Bildungsbereich.« Für Duin sind die Kommunalwahlen eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Landtagswahlsieg 2008. »Die Periode Wulff darf nicht länger als fünf Jahre dau-

zende Kurt Beck zog in seiner mit Spannung erwarteten Rede – es war seine erste als Partei-Chef vor einem Landesparteitag – einen Bogen von Hinrich-Wilhelm Kopf zu Wolfgang Jüttner: »Sozialdemokratische Traditionen sind gut für Niedersachsen.« Der bildungspolitische Leitartikel, befand Beck: »Der reicht über den Tag hinaus. Glückwunsch.«

Mit einem Seitenhieb auf die Bundesfamilienministerin, die »siebenfachste Mutter aller Zeiten«, plädierte Beck für mehr Chancengleichheit gerade für jene Familien, »die sich keine Haushaltshilfen leisten können«. Die Chancen unserer Kinder dürfen nicht von Zufällen abhängen, so Beck, oder »vom Geld der Eltern für den Nachhilfeunterricht«. Starker Beifall signalisierte dem Parteivorsitzenden, dass er den richtigen Ton getroffen und die Seele der Partei erreicht hatte. »Zukunftsfähigkeit ist der Bruder der Sozialdemokratie«, schloss Kurt Beck zum Schluss seiner Rede, aber »nur so lange, wie die SPD an den Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität festhält«. Mit den Beschlüssen des Wolfsburger Parteitages ist die niedersächsische SPD diesen Werten gerecht geworden.

Die Beschlüsse des Wolfsburger Parteitages sind nachzulesen im Internet: [www.spdnds.de](http://www.spdnds.de)



Individuelle Entwicklung geht gemeinsam besser.

Gegenstimmen das Konzept der »Gemeinsamen Schule« beschlossen hat. Die SPD hat mit diesem Beschluss nach ausgiebiger innerparteilicher Diskussion und der Beratung mit nahezu allen Betroffenen ein eindeutiges Signal gegen die »bildungspolitische bleierne Zeit« der schwarz-gelben Landesregierung gesetzt.

Ein Vierteljahr vor den Kommunalwahlen demonstriert die niedersächsische SPD Entschlossenheit und den Willen, mit einem der

Ähnlich äußerte sich in seinem Grußwort der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Eberhard Brand: »Mit einem Programm für eine gemeinsame Schule ziehen Gewerkschaften und SPD an einem Strang.«

Mit Blick auf die Kommunalwahlen am 10. September erklärte der SPD-Landesvorsitzende Garrelt Duin: »Wir wollen Wulff und Co. deutlich machen, dass Niedersachsen ein rotes Land ist, und das werden wir unter Be-

ern«, so Duin, »denn Wulff regiert das Land schlecht.«

Wolfgang Jüttner versprach, als Ministerpräsident ab 2008 die sozialdemokratischen Perspektiven zur Bildungspolitik, wie sie in Wolfsburg mit überzeugender Klarheit verabschiedet worden sind, in die Praxis der Bildungslandschaft umzusetzen. Langanhaltender Beifall belohnte den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion für seine vorwärtsweisenden Worte. Der frisch gewählte SPD-Vorsit-

## Neuer Job für Garrelt Duin

Auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Peter Struck ist der SPD-Landesvorsitzende Garrelt Duin zum Beauftragten der SPD-Bundestagsfraktion für Industriepolitik gewählt worden. Damit ist Duin Ansprechpartner für industriepolitische Themen und stellt die Konzepte und Ideen der Fraktion nach Außen hin dar. Duin erklärte: »Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt wird



Garrelt Duin

die Zukunft des Industriestandorts Deutschland sein.«

Duin, der auch Leiter der Projektgruppe »Moderne Industriepolitik« des SPD-Parteivorstands sowie Mitglied im Wirtschaftsausschuss ist, kann auf einen großen Erfahrungsschatz zurückgreifen: »Als Europaabgeordneter habe ich mich bereits verstärkt mit industriepolitischen Bereichen beschäftigt. Es ist wichtig, jetzt innovative Stra-

tegien für einen Aufschwung in Deutschland zu erarbeiten.«

Auf der politischen Agenda stehen für Duin neue Technologien und die Verbesserung der industriellen Infrastruktur. »Innovative Ideen, wie etwa der Bau von modernen Windkraftanlagen und die Forschung nach Alternativen für Erdöl, müssen weiterhin ganz vorne auf unserer Liste stehen,« betonte Duin. ■ ww.

# Frühkindliche Bildung nicht zum Nulltarif

Diskussionsveranstaltung der SPD-Landtagsfraktion zu »Stand und Perspektiven der frühkindlichen Bildung« stößt auf großes Interesse

VON TOBIAS DÜNOW

Die SPD-Landtagsfraktion hat am 17. Juni in Hannover mit mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern über Stand und Perspektiven der frühkindlichen Bildung in Niedersachsen diskutiert. »Die Vielfalt der Ansätze in den Kitas und Familieneinrichtungen in Niedersachsen und das riesige Engagement der dort Beschäftigten und der Eltern haben mich wirklich beeindruckt«, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion Wolfgang Jüttner. »Kitas sind schon lange keine reinen Betreuungseinrichtungen mehr, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil der Bildungslandschaft.«

»Unser Kongress hat gezeigt, dass viele Kitas in Niedersachsen auf die höchst unterschiedlichen lokalen Anforderungen sehr erfolgreich und flexibel reagieren. Die Aufgabe der Landespolitik besteht darin, diese Initiativen besser zu unterstützen. Außerdem müssen wir dazu beitragen, dass die vorbildlichen Ansätze auf andere Orte mit vergleichbaren Problemlagen übertragen



Investitionen für eine strahlende Zukunft

Photo: lopo

werden können«, betonte Jüttner.

Donata Elschenbroich vom Deutschen Jugendinstitut verdeutlichte zu Beginn der Veranstaltung eindrucksvoll, wie die kindliche Entdeckungsfreude und Kreativität gefördert werden kann. Das Plädoyer

der Autorin des Bestsellers »Weltwissen der Siebenjährigen«: Die Erwachsenen müssen den Kindern schon in frühen Jahren »Bildungserlebnisse« bieten, um die Entwicklung der kindlichen Persönlichkeiten umfassend zu fördern. Die Bedeutung der frühkind-

lichen Bildung für die Herstellung von Chancengleichheit betonte Ute Erd-siek-Rave, Bildungsministerin aus Schleswig-Holstein und zur Zeit Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK): »Nur wenn wir die Kinder früh individuell fördern, können wir den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft entkoppeln«, so die Ministerin.

Auf einer Ideenbörse präsentierten Kitas unter anderem aus Hannover, Cuxhaven und Hildesheim ihre Ansätze, anschließend wurden in sechs Workshops Teilaspekte wie etwa die Stärkung der Elternkompetenz und der Schutz vor Verwahrlosung diskutiert und mit dem Bildungsprogramm der SPD abgeglichen. »Eine rundum gelungene Veranstaltung«, bilanzierte Wolfgang Jüttner. »Die Diskussionen haben gezeigt, dass wir mit unserem Bildungsprogramm auf dem richtigen Weg sind. Die Politik muss einen eindeutigen Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung legen. Dass das nicht zum Nulltarif zu haben ist, versteht sich von selbst.« ■

## Lehrstellenlücke

Die Landesregierung ignoriert die Misere bei den Ausbildungsplätzen in Niedersachsen. Schon jetzt ist absehbar, dass zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres am 1. September wieder Tausende Jugendliche ohne Lehrstelle sein werden. Doch anstatt frühzeitig die Initiative zu ergreifen, legt Wirtschaftsminister Hirche die Hände in den Schoß.

Die Landesregierung muss endlich den vor zwei Jahren abgeschlossenen »Ausbildungspakt« nachverhandeln. Dabei müssen Gewerkschaften und Kommunen einbezogen werden. Vor allem aber muss die Landesregierung endlich mit gutem Beispiel vorangehen und den Abbau bei den Ausbildungsplätzen im Landesdienst stoppen. Nur dann kann sie glaubwürdig bei den Unternehmen um die dringend erforderlichen zusätzlichen Ausbildungsplätze werben.

Gerade im Handwerk zeigen viele Unternehmer enormes Engagement und bilden trotz schwieriger Rahmenbedingungen über Bedarf aus. Daran sollten sich die 38 Prozent der niedersächsischen Betriebe, die gar nicht ausbilden, ein Beispiel nehmen.

■ Günter Lenz

Im Haus Neuland, einer Einrichtung der Erwachsenenbildung in NRW, die den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet ist, ist die Stelle der/des

## Geschäftsführer/in

kurzfristig zu besetzen.

Haus Neuland liegt verkehrsgünstig im Teutoburger Wald in der Nähe von Bielefeld. Image und Profil sind anerkannt auf dem Weiterbildungsmarkt. Qualitätskontrolle, Zertifizierung und Zielvereinbarungen sind selbstverständliche Merkmale unserer Bildungsarbeit. Wir erreichen ca. 30.000 Teilnehmertage in unserem Haus, das vielfältige Tagungs- und Übernachtungsmöglichkeiten bietet.

Der/die zukünftige Geschäftsführer/in soll das Haus mit seinen administrativen und pädagogischen Funktionen gesamtverantwortlich führen und seine strategische Weiterentwicklung vorantreiben. Im operativen Bereich ist insbesondere eine starke Unterstützung des Vertriebs gefordert.

Wir erwarten eine dynamische, zukunftsorientiert denkende und handelnde Persönlichkeit, die über einen Hochschulabschluss wirtschafts- oder rechtswissenschaftlicher Fachrichtung und über Führungserfahrungen verfügt. Kaufmännische, insbesondere vertriebliche Erfahrungen sind eine wichtige Voraussetzung, Kenntnisse im Bereich der Akquisition von öffentlichen Zuschüssen sehr hilfreich. Bewerberinnen und Bewerber sollen Erfahrungen in der Erwachsenenbildung und in der Arbeit von non-profit-Organisationen als bedeutendsten Markt von Haus Neuland vorweisen können.

Wir bieten ein angemessenes jährliches Fixum und eine Erfolgsbeteiligung.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an:  
Frau Brigitte Reckmann,  
c/o Regionaler Zusammenschluss OWL,  
Arndtstraße 6-8, 33602 Bielefeld

## 60plus aktiv für Reformen

Die AG 60plus im Bezirk Braunschweig beschäftigt sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit der Reform des Sozialstaates. Auf ihrer diesjährigen Klausurtagung diskutierte der Bezirksvorstand ausgiebig mit Carola Reimann, der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, über die Zukunft des Gesundheitswesens, der Pflegeversicherung und der

Rentenversicherung. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Frage, welchen Spielraum die Politik angesichts der hohen Staatsverschuldung hat. Positiv hat sich für die AG 60plus die Zusammenarbeit mit den ver.di-Senioren entwickelt, die ein Forum für alle politischen und gewerkschaftlichen Seniorenorganisationen ins Leben gerufen haben.

■ vw.

## SPD-Newsletter

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsische SPD.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-Mail an: [pressends@spd.de](mailto:pressends@spd.de) und fügt in die Betreffzeile »Newsletter« ein. ■

## Mut zur E-Mail

Informationen und Einladungen der Parteigliederungen können effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:

[bezirk.braunschweig@spd.de](mailto:bezirk.braunschweig@spd.de)  
[spd-bezirk-hannover@spd.de](mailto:spd-bezirk-hannover@spd.de)  
[bezirk@spd-nord-niedersachsen.de](mailto:bezirk@spd-nord-niedersachsen.de)  
[bezirk.weser-ems@spd.de](mailto:bezirk.weser-ems@spd.de)

# Braunschweig am Weißwurst-Äquator

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet in Braunschweig den Kommunalwahlkampf für die löwenstädtische SPD

VON RALF GORNY

Einer der bekanntesten und erfolgreichsten Oberbürgermeister Deutschlands, Christian Ude aus München, war Gast der Braunschweiger SPD. Strahlender Sonnenschein, Weißwurst, Bier und Brezeln waren die Grundlage für einen gelungenen »Bayrischen Frühstück« zum Auftakt des Kommunalwahlkampfes auf dem Braunschweiger Kohlmarkt.

Dazu freute sich die Unterbezirksvorsitzende Carola Reimann über den Auftritt von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und »SPD-General« Hubertus Heil zum Start des Wahlkampfes von Braunschweigs SPD OB-Kandidaten Friedhelm Possemeyer.

Possemeyer begrüßte seinen Gast Christian Ude auch als Vorbild für Braunschweig: Mit dem »Münchener Modell des wirtschaftlichen Erfolgs ohne ausgeprägte Ellenbogengesellschaft« zeige Ude, dass Kom-



Löwenstarke sozialdemokratische Allianz: »SPD-General« Hubertus Heil, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, Braunschweigs Unterbezirksvorsitzende Carola Reimann, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude und der zukünftige Braunschweiger Oberbürgermeister Friedhelm Possemeyer Photo: Gorny

munalpolitik auch miteinander und für die Menschen funktionieren kann. »Wir werden auf die Bürger zugehen und gemeinsam Lösungen im Gespräch suchen«, versprach Possemeyer und kündigte einen anderen Stil im Braunschweiger Rathaus an, beginnend im September 2006. Die Braunschweiger Kommunalpolitik darf

sich nicht nur daran messen lassen, welche Großprojekte realisiert werden, sondern vor allem daran, wie gut zum Beispiel die Schulen ausgestattet und ob die Angebote bei den Kindertagesstätten bedarfsgerecht sind.

Christian Ude machte in seiner Rede deutlich, dass es kein Patentrezept ist, alles

zu verkaufen, was über Jahrzehnte als städtische Werte aufgebaut wurde.

Auch Sigmar Gabriel machte die Zielrichtung einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik klar: »Wir dürfen uns nur dann um die großen Projekte kümmern, wenn wir auch die sozialen Themen angepackt und gelöst haben.« ■

## »Es drohen Lohndumping und Drehtüreffekte«

Der Niedersachsen-vorwärts im Gespräch mit Hartmut Tölle, dem Vorsitzenden des DGB Landesbezirks Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt, zum niedersächsischen Kombilohn-Modell, das zum 1. Juli 2006 eingeführt wird.



Hartmut Tölle

**vorwärts:** Niedersachsen führt zum 1. Juli dieses Jahres ein eigenes Kombilohn-Modell. Warum hält der DGB nichts davon?

**Hartmut Tölle:** Wir sind skeptisch, dass der Niedersachsen-Kombi der richtige Schritt ist. Es besteht die Gefahr, dass Arbeitgeber dauerhaft staat-

lich alimentiert werden. Kombilohn-Modelle, die nicht an einen gesetzlichen Mindestlohn gekoppelt sind, lehnen wir ab.

**vorwärts:** Die Landesregierung behauptet, dass mit ihrem Kombilohn-Modell vor allem Langzeit-Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zurückgeführt werden können. Das müsste doch auch im Sinne des DGB sein. Warum dennoch die ablehnende Haltung?

**Hartmut Tölle:** Kombilohn-Modelle bergen zum einen die Gefahr des Lohndumpings. Zum anderen ist zu befürchten, dass durch den so genannten Drehtüreffekt Normalarbeitsverhältnisse durch Niedriglohnarbeit ersetzt werden. Die Folge: Durch die Bezuschussung wird reguläre Beschäftigung verdrängt. Es ent-

stehen keine neuen Arbeitsplätze.

Im Niedriglohnsektor, der sich seit 1997 in Deutschland ausweitet, haben rund 70 Prozent der Beschäftigten eine Berufsausbildung oder mindestens eine entsprechende Qualifikation. Eine einfache Tätigkeit üben lediglich 30 Prozent der Niedriglöhner aus. Rund zwei Drittel der im Niedriglohnsektor Beschäftigten sind Frauen. Niedriglohnjobs sind einer langfristigen Integration in den Arbeitsmarkt abträglich. Die in diesem Bereich Beschäftigten verbleiben auch dort. Es droht die Niedriglohn-falle. Ein Aufstieg in besser bezahlte Jobs ist kaum möglich.

**vorwärts:** Sollte der niedersächsische Kombilohn nicht wenigstens eine Chance bekommen?

**Hartmut Tölle:** Keines der bislang bekannten Kombilohn-Modelle wäre flächendeckend finanzierbar. Niedersachsen weiß das und greift zu einem Finanzierungstrick, indem es sich seine Maßnahme aus Bundes- und EU-Mitteln bezahlen lässt. Das ist ein Profilierungsversuch auf Kosten anderer. Es ist enttäuschend, dass Niedersachsen vorprescht, anstatt eine bundesweit einheitliche Lösung anzupacken.

**vorwärts:** Wie könnte die denn aussehen?

**Hartmut Tölle:** Der DGB fordert stattdessen bundesweite Mindestlöhne mit zeitlich begrenzten Eingliederungshilfen. Nicht die Zementierung oder Ausweitung des Niedriglohnsektors über Kombilohn, sondern seine Beseitigung muss das Ziel sein. ■

## vorwärts: RÄTSEL

Ein Rücktritt machte ihn 1950 bekannt, ohne ihm jedoch unmittelbar zum Erfolg zu verhelfen. Die von ihm mitgegründete »Volkspartei« löste er 1957 mit anderen Gründern wieder auf. Vor allem die CDU, aber auch Teile der SPD hatten seine Partei als ostfinanzierte »Ulbricht-Hilfstruppe« diffamiert oder als »Ghandi-Schwärmer« verspottet. Dem Beispiel Erhard Eppers folgend schloss er sich rechtzeitig zur Bundestagswahl 1957 der SPD an, für die er in den Bundestag einzog. Dies war der Beginn seiner letzten Karriere, die ihren Höhepunkt am 5. März 1969 erreichte.

Dass sein Leben in politischen Bahnen verlaufen würde, war angesichts seiner Herkunft kaum zu erwarten, auch wenn die Familie antiwilhelminisch und kirchenfern war. Nach dem Ersten Weltkrieg zog es ihn zum Studium der Ökonomie, Rechtswissenschaften und Geschichte nach Marburg, wo er 1921 zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften und 1929 zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert wurde.

Beeinflusst von seiner Frau Hilda wandte sich der Atheist der evangelischen Kirche zu. Nach der so genannten Machtergreifung war er in der Bekennenden Kirche aktiv. Seine gesellschaftlich-politische Karriere begann unmittelbar nach der Zerschlagung des deutschen Faschismus. 1945 war er Gründungsmitglied der CDU, die er 1952 wegen Konrad Adenauers Wiederbewaffnungspolitik verließ. Seine Vita ist gespickt mit herausragenden Positionen: Oberbürgermeister, Bundesinnenminister, Präses der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bundesjustizminister und Bundespräsident. Wer war es und wem galt seine Liebe? Zu gewinnen gibt es eine Biographie dieses großen, späten Sozialdemokraten. ■ lopo

vorwärts  
Odeonstraße 15/16  
30159 Hannover

## vorwärts: kulturgut

Seine Majestät Wilhelm II. waren höchstselbst zugegen, als am 20. Juni 1913 das Neue Rathaus in Hannover feierlich den Bürgern übergeben wurde. Nicht allen, versteht sich, denn von den 318.000 gezählten Einwohnern waren nur 11.348 Männer über 25, die über Grundbesitz und ein Jahreseinkommen von mindestens 660 Reichsmark verfügten, sogenannte Vollbürger.

Deren Repräsentanten labten sich am Tage nach der kaisertreuen Feierlichkeit an Steinbutt, Rehrücken, Hummer, Masthahn und Eisspeise nach Ratsherren-Art. Angemessene Speisen für einen Monumentalbau, den der sozialdemokratische Volkswille als »Ausgeburten eines einzig dastehenden kommunalen Größenwahns« bezeichnete.

Fünf Jahre später gab es in Hannover nur noch Bürgerinnen und Bürger, und der erste Mann im großwahnsinnigen Kuppelbau hieß Robert Leinert und war Sozialdemokrat. Ein sozialdemokratisches Rat-

haus war der Prachtbau damit aber noch lange nicht. Erst nach den Wirren der Weimarer Republik, den Schrecken der Nazi-

Herrschaft, nach Krieg, Zerstörung, Besatzung und Wiederaufbau hat die Han-növersche Sozialdemokratie akzeptiert, was der Han-növersche Anzeiger schon 1905 vorausgesagt hatte:



»Wahrhaft, es muss eine Lust sein, hier zu arbeiten.«

Ob es immer eine Lust war, dort zu arbeiten, sei dahingestellt, aber Michael Krische, Lokalredakteur der Neuen Presse in Hannover, geht dort seit über 30 Jahren beruflich ein und aus. Seit seiner Kindheit kennt er Hannovers Hohes Haus, ist zu Fuß in die Kuppel gewandert und hat Ecken und Kanten erkundet, die gelegentlichen Besuchern verschlossen bleiben. Seine Erkenntnisse hat er in ein längst überfälliges Buch verpackt, das den schlichten Titel »Das Neue Rathaus« trägt.

Auf gut 100 Seiten hat Krische Geschichte und Geschichten zusammenge-

fasst und Überraschendes zu Tage gefördert, etwa eine Putte an einer Säule unter der Kuppel, die einen Photo-Apparat in der Hand hält. Dass er im Zuge seiner Recherchen dem Hannöverschen Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg reichlich nachträglich zum 60. Geburtstag gratuliert, ist wenige Wochen vor dessen Abschied von Hannovers schönstem Arbeitsplatz lässlich.

Das kurzweilige, informative, schöne Büchlein ist im zu Klampen-Verlag erschienen und kostet 9,80 Euro. Diese Empfehlung gilt für Hannover, die Provinz und darüber hinaus.

■ lopo

## auswärts:

Den vielen Gründen, Christian Wulff nicht zu wählen hat der Klatschkolumnist der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, Peter Lückemeier, einen wahrlich nachklingenden hinzugefügt. Die Präsentation der neuen Freundin in Presse, Funk und Fernsehen kom-

mentiert Lückemeier mit den Worten: »Tja, Christian Wulff, das hast du ziemlich gut gemacht, aber wir würden dich, wohntest du in Niedersachsen, dennoch nicht wählen, nicht wegen der jungen Frau (32), sondern weil uns Menschen immer suspekt sind, die wie du ganz tief und rauh und gequetscht aus dem Hals sprechen.« ■ wuff